



Die Beschlüsse der 60er-Konferenz vom 20. und 21. Dezember 1945 riefen volle Zustimmung und große Begeisterung unter den Arbeitermassen im Osten und auch im Westen Deutschlands hervor.

Es begann die zweite Phase der Vereinigungsbewegung. Überall wuchs das Bestreben der Arbeiter, die Verschmelzung der beiden Parteien so rasch wie möglich herbeizuführen. Es entwickelte sich immer mehr ein gemeinsames Parteileben. Das gemeinsame Ringen um die Lehren der Vergangenheit und um die Grundlagen der

Partei ergab eine immer engere ideologische Annäherung der Mitglieder-massen der beiden Parteien.

Die parteilosen Arbeiter und Gewerkschafter forderten ebenfalls die Schaffung der Einheitspartei. So wurde auf der Delegiertenkonferenz des FDGB Groß-Berlin, Bezirk Mitte, am 27. Januar 1946 folgender Antrag Walter Ulbrichts einstimmig angenommen:

„Die Delegiertenkonferenz des FDGB, Bezirk Mitte, vom 27. Januar 1946 begrüßt den Beschluß der beiden Arbeiterparteien vom 21. Dezember 1945 über die Einheit der Arbeiterklasse. Die Konferenz erwartet von den beiden Parteiorganisationen, daß sie in kürzester Frist die Vereinbarung durchführen, um die Kraft der Arbeiterklasse zu stärken.“ (W. Ulbricht: „Über Gewerkschaften“, Band II, Seite 81)

Auch in den Westzonen griff die Einheitsbewegung immer mehr um sich. Auf 185 Schachtanlagen des Ruhrgebietes, in den Großbetrieben des Krupp-Konzerns, des Bochumer Vereins, der IG Farben und der anderen Konzerne sowie in zahlreichen Orten traten die Parteiorganisationen der SPD und KPD zusammen, vereinbarten ein gemeinsames Vorgehen bei den Betriebsrätewahlen, in den Gewerkschaftsfragen und in den kommunalen Kämpfen.